Wahlprüfsteine Familienbund

Antworten der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Themenbereich „Bildung“

Eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hat gute Bildungschancen in allen Lebensphasen zur Voraussetzung. Von der frühkindlichen Bildung über die Schule, die Berufsausbildung und das Studium über die Bildung im Erwachsenenalter bis zur Seniorenbildung gilt es, eine lebensbegleitende Bildung zu ermöglichen und zu stärken.

Fragen

1. Entspricht das KiFöG Ihrer Auffassung dem Grundsatz der bildungspolitischen Teilhabe und welchen Veränderungsbedarf sehen Sie ggf.?

Nein, das Kinderförderungsgesetz entspricht unserer Auffassung nach nicht dem Grundsatz einer gerechten Bildungsteilhabe. Der existierende Halbtagsanspruch in der Kinderbetreuung benachteiligt Kinder, deren Eltern arbeitslos oder teilzeitbeschäftigt sind, beim Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und frühkindlicher Bildung.

Dies betrifft heute ca. 40 Prozent der Kinder in Kindertagesstätten. Damit trifft es diejenigen Kinder, die ohnehin zumeist aus sogenannten „bildungsfernen“ oder armutsgefährdeten Familien stammen.

Der Halbtagsanspruch verursacht bereits im frühen Kindesalter Erfahrungen des Ausgrenztwerdens, er ist Ausdruck mangelnder Chancengleichheit beim Start ins Leben. Deshalb will DIE LINKE den Anspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder, deren Erziehungsberechtigte es wünschen, unabhängig vom sozialen oder Erwerbsstatus ihrer Eltern, wieder einführen. Damit setzen wir auch eine Empfehlung des Bildungskonvents um.

2. Wie werden Sie die Bildungschancen an Schule für alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, verbessern? Wie wollen Sie zukünftig die Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt erhalten?

Das schulpolitische Konzept der Fraktion DIE LINKE ist darauf gerichtet, durch die Entwicklung der Fähigkeit, einen binnendifferenzierten Lernprozess an allen Schulen zu gestalten, die äußere Differenzierung der Schulformen in der Sekundarstufe I schrittweise aufzuheben (siehe „Eine Schule für alle Kinder“ http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/politik/konzept_2011/). Damit, dass sich nicht schon nach der vierten Klasse Kinder und ihre Eltern auf eine bestimmte Bildungsperspektive weitgehend festlegen müssen sondern zwischen gleichwertigen Schulen wählen können, verbinden wir vor allem die Erwartung, dass die soziale Segregation im Bildungszugang gemildert wird.

Daneben halten wir es in Sachsen-Anhalt auf absehbare Zeit für unabdingbar, gezielten Nachteilsausgleich im Bildungssystem insbesondere in den allgemein bildenden Schulen zu gewährleisten. Dabei spielen für uns der schrittweise Aufbau von Ganztagsangeboten an allen Sekundarschulen, eine für Bedürftige subventionierte Mittagsversorgung an den Grundschulen, die Beibehaltung der Landeszuschüsse für die Schülerbeförderung auch in der

Sekundarstufe II und für die Schulbuchbereitstellung sowie die schrittweise Herstellung von Barrierefreiheit an den Schulen eine besondere Rolle.

Die sozialpädagogische Arbeit an und in Verbindung mit den Schulen ist nach unserer Meinung eine entscheidende Aufgabe, wenn die Schulen ihre Funktion zur sozialen Integration erfüllen sollen.

Wir sehen unter den derzeitigen Bedingungen allerdings keine Möglichkeit, die heute noch bestehende EU-Förderung für die Schulsozialarbeit durch eine adäquate Landesförderung voll zu kompensieren. Wir werden dennoch ernsthaft prüfen, welche Spielräume im Landeshaushalt genutzt werden können, um die Jugendsozialarbeit an den Schulen zu stabilisieren.

Wir orientieren in der Zukunft darauf, dass die Lehrkräfte und weiteren Fachkräfte an den Schulen selbst sozialpädagogische Kompetenzen weiter entwickeln müssen. Wir gehen davon aus, dass sozialpädagogische Arbeit als eine Aufgabe der Schulen klar bestimmt und verstanden werden muss. Das ist bisher noch nicht der Fall.

Wir sprechen uns für eine gründliche Evaluierung der Ergebnisse des laufenden Schulsozialarbeitsprogramms aus. Auf dieser Grundlage müssen gemeinsam mit allen Akteuren und Trägern effektive Wege und Möglichkeiten gesucht werden, wie sozialpädagogische Aufgaben auch unter den angespannten finanziellen Verhältnissen in guter Qualität gelöst werden können.

3. Wie sehen Sie die Rolle von Eltern im Bildungsprozess und was werden Sie tun, um Eltern- und Familienbildung zu stärken?

Aus unserer Sicht haben die Eltern eine hohe Verantwortung für die Bildung ihrer Kinder. Diese Verantwortung sollen sie auch wahrnehmen können, indem sie sich intensiv aber angemessen an der Gestaltung der Lernprozesse an den Schulen beteiligen. Die professionelle Verantwortung der Lehrkräfte und anderen pädagogischen Fachkräfte ziehen wir dabei nicht in Zweifel.

Wir treten für vielfältige Möglichkeiten ein, das Engagement der Eltern wirksam für eine gute Schulbildung einzusetzen. Das reicht von der Unterstützung von Exkursionen, die Bereitstellung von Anschauungsmitteln, über die Mitwirkung bei Renovierungsarbeiten bis zur pädagogischen und fachlichen Diskussion mit Lehrkräften über Lernangebote oder konkrete Hilfen für einzelne Schülerinnen und Schüler. Auch in diesem Sinne müssen sich die Schulen weiter in ihre Sozialräume öffnen.

Besondere Impulse auch in diese Richtung wollen wir mit der Förderung von regionalen Bildungslandschaften auslösen.

Darüber hinaus treten wir dafür ein, dass die Eltern ihre Mitwirkungsrechte in den demokratischen Schulgremien und in den Elternvertretungen auf allen Ebenen gut verwirklichen können und ihre Stimme Gewicht hat. DIE LINKE fordert in diesem Sinne eine paritätische Besetzung der Gesamtkonferenz der Schulen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Rechte der Kreis- und Stadtelternvertretungen auch gegenüber den Schulträgern gestärkt und ihre Voten aufmerksam beachtet werden.

Grundsätzlich versteht DIE LINKE Träger, Vereine, Verbände und Initiativen, die im Bereich der Eltern- und Familienbildung tätig sind, als Partner, deren Erfahrungen und Ideen wichtige Impulse für politisches Handeln bieten. Der Dialog zwischen Politik und den Expertinnen und Experten der Familienarbeit sollte aufrechterhalten und in Zukunft intensiviert werden.

Die Familienförderung des Landes – von der Unterstützung kommunaler Maßnahmen bis hin zur Förderung der Landesfamilienverbände – ist im Grundsatz gut aufgestellt. Im Rahmen der Projektförderung wird es zukünftig immer wichtiger werden, Eltern und Familien aus sogenannten bildungsfernen oder armutsgefährdeten Milieus zu erreichen, wie dies in der Vergangenheit mit einigen Projekten gut gelungen ist. Dieser Trend sollte fortgesetzt werden. Die Angebote der Familienzentren werden zum großen Teil überwiegend von Frauen und weniger von Männern in Anspruch genommen. Hier sehen wir zumindest einen Anlass, diesen Zustand zu hinterfragen und nach Lösungswegen zu suchen. Darüber hinaus sieht DIE LINKE im Zentrum frühe Hilfen, den Familienpaten, den Familienhebammen, den Kinderschutzfachkräften und den lokalen Kinderschutznetzwerken geeignete Maßnahmen, die fortgesetzt werden sollen.

Für die Familienverbände, dies gilt im Übrigen auch für alle überörtlich tätigen Träger der Kinder- und Jugendhilfe, strebt DIE LINKE verlässliche Finanzierungsmodelle mit mehrjährigem Charakter an. Für die kommunalen familienpolitischen Maßnahmen ist eine aufgabenbezogene Finanzausstattung der Kommunen über das FAG unerlässlich, um die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in die Lage zu versetzen, die bereits existierenden Instrumente der Familienhilfe auch entsprechend anwenden zu können. Unbedingt zu prüfen ist die Verwendung der UVG-Rückflüsse für kommunale familienpolitische Maßnahmen gemäß FamFöG. In der Vergangenheit hat sich hier leider gezeigt, dass die Landkreise und kreisfreien Städte höchst unterschiedlich mit diesen Geldern umgehen. Hier muss ggf. gesetzlich nachjustiert werden.

Ohne Zweifel ist das Landesbündnis für Familien breit aufgestellt und bietet Raum für fachlichen Austausch. Der Dialog zwischen den Akteuren ist uns wichtig. Vom Landesbündnis für Familien erhoffen wir uns jedoch zukünftig mehr Verbindlichkeit und konkretere Vorschläge in Richtung Landespolitik.

4. Wie werden Sie die allgemeine Erwachsenenbildung im Rahmen des Erwachsenenbildungsgesetzes stärken?

Wir haben uns immer für ein breites Spektrum der Erwachsenenbildung eingesetzt. Alle Tendenzen der „Engführung“ der geförderten Erwachsenenbildung auf bestimmte Bedarfe insbesondere der Wirtschaft haben wir stets kritisch bewertet. Das schließt nicht aus, auch diese Bedarfe angemessen zu befriedigen, aber nicht durch Abstriche im allgemeinen Bildungsbereich.

Uns ist bewusst, dass die finanzielle Situation bei der Erwachsenenbildung sehr angespannt ist und die eingesetzten Landesmittel weit unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Das hat zahlreiche fatale Folgen. U.a. leidet darunter besonders die allgemeine Erwachsenenbildung, weil sie nur selten auf weitere Finanziers zurückgreifen kann und hohe Beiträge die Interessentinnen und Interessenten kaum entrichten können.

Kürzungen im Bereich des Erwachsenenbildungsgesetzes sollte es daher nicht geben. Wir sehen uns aber derzeit nicht in der Lage, angesichts der Haushaltssituation hier Steigerungen der Landesförderung in Aussicht zu stellen. Diese Situation hat ihre Ursache in der immer stärkeren Aushöhlung der öffentlichen Kassen, durch den Verzicht des Bundes auf notwendige Steuereinnahmen auf Grund zu geringer Belastung hoher Gewinne, Einkommen und Vermögen. DIE LINKE wendet sich auf Bundesebene gegen eine solche Steuerpolitik und hat in diesen Tagen ein eigenes Steuerkonzept vorgelegt.

Ungeachtet der eingeschränkten finanziellen Spielräume sehen wir noch erhebliche Reserven, für die Erwachsenenbildung zu werben, Bürgerinnen und Bürger über ihre Möglichkeiten zur

Teilnahme an der Erwachsenenbildung und ihre Rechte – u.a. im Sinne des Bildungsfreistellungsgesetzes – aufzuklären und Angebote attraktiver zu machen. Neben den Trägern der Erwachsenenbildung hat auch das Land hier eine Verantwortung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es diese wirkungsvoller als bisher ausfüllt.

Themenbereich „Arbeitsmarkt/Existenzminimum“

Aus Christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbar Ausdruck der Menschenwürde. Dies verpflichtet alle gesellschaftlichen Kräfte zu den größtmöglichen Anstrengungen, um die Beteiligung an der Erwerbstätigkeit zu gewährleisten.

Fragen

1. Wie sollen aus Ihrer Sicht Beteiligungsangebote für nicht vermittelbare Männer und Frauen aussehen?

Menschen, deren Chancen, auf den sogenannten 1. Arbeitsmarkt vermittelt zu werden, sehr gering sind, sollen nach unserer Auffassung in einem "Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Mindestlohn" die Möglichkeit bekommen, an der Erwerbsarbeit beteiligt und gleichzeitig qualifiziert, beraten und betreut zu werden. Ein entsprechendes Konzept haben wir entwickelt, das auch die Chance bietet, das System Hartz IV zu verlassen. Sie finden dieses Konzept in unserer Broschüre "Wirtschaft und Arbeit für ein lebens- und liebenswertes Sachsen-Anhalt" (http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/politik/konzept_2011/).

2. Wie stehen Sie zur Frage eines Mindestlohnes und wie hoch sollte ein Mindestlohn sein, um einen ausreichenden Abstand zwischen Arbeitseinkommen und Transferleistungen zu gewährleisten?

Wir setzen uns für einen Mindestlohn von 8,50 € ein, der schrittweise und absehbar auf 10 € erhöht werden muss. Das sogenannte Lohnabstandgebot darf nicht zu einer Spirale nach unten bei Löhnen und Sozialleistungen führen. Das Problem sind nicht zu hohe Sozialleistungen sondern zu niedrige Lohneinkommen.

3. Sind Sie der Auffassung, dass durch die Transferleistungen im Rahmen von Hartz IV eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet ist?

Nach unserer Auffassung erfüllen die Hartz IV-Leistungen diesen Anspruch zur Zeit nicht. Wir unterstützen deshalb die Forderung der Diakonie nach einem Regelsatz von 433 €. In unserer Partei, namentlich in unserer Bundestagsfraktion, waren aber auch bereits noch höhere Leistungen im Gespräch.

Themenbereich „Umwelt“

Die Bewahrung der Schöpfung beinhaltet auch die Erhaltung und Schaffung von gesunden Lebensbedingungen und Erholungsräumen für die Menschen.

Fragen

1. Welche Prioritäten setzt Ihre Partei bei der wirtschaftlichen Erschließung unseres Bundeslandes?

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, eine selbsttragende, wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt in einem mittelfristigen Zeitraum zu erreichen. Das produzierende Gewerbe und die modernen Agrarstrukturen sind in Sachsen-Anhalt traditionell tragende Säulen der wirtschaftlichen Infrastruktur. Die wirtschaftspolitischen Ressourcen des Landes sind zielgerichteter auf den Ausbau der vorhandenen Potenziale zu orientieren.

Motivierte und selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für uns unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung.

Linke Wirtschaftspolitik ist mehr als nur Förderpolitik. Sie umfasst auch Ordnungspolitik, Genehmigungsverfahren, Kartellrecht, Preispolitik sowie die Stärkung tariflicher, sozialer und arbeitsrechtlicher Standards, die Herstellung von Chancengleichheit für Frauen und Männer und die Gewährleistung demokratischer Teilhabe in Unternehmen.

Wir fordern die Neuausrichtung der Fördermittelvergabe für einen Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems, um Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Bei weniger werdenden Mitteln steht für uns im Mittelpunkt staatlicher Förderpolitik die Stärkung des Standortes als Wettbewerbsfaktor und nicht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen Unternehmens. „Leuchttürme“ sind für uns nicht die einzelnen Unternehmen, sondern gut aufgestellte Regionen. Die Fördermittelvergabe sollte nicht mehr mit Blick auf die betriebswirtschaftlichen Effekte eines Unternehmens, sondern auf die volkswirtschaftlichen Effekte für Sachsen-Anhalt erfolgen. Neue Investitionen müssen primär der Erweiterung bestehender Branchenkapazitäten und der Vertiefung der regionalen Wertschöpfungsketten und damit auch der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dienen.

Für DIE LINKE ist der Ausbau bestehender und die Entwicklung neuer Netzwerke - auch über die Landesgrenzen hinaus - zur Verstärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe, zur Erhöhung der Fertigungstiefe und des Wertschöpfungsanteils in der Region sowie zur Branchen übergreifenden Kooperation vorrangig. Wir orientieren auf den Ausbau der regionalen anstatt der logistisch geprägten Wertschöpfung.

Landesmittel für Forschung und Entwicklung sind gezielter für die Entwicklung innovativer Produkte der klein- und mittelständischen Wirtschaft des Landes und zur Sicherung der Rohstoffbasis durch die Gewinnung neuartiger Rohstoffe auf der Basis von Biomasse und Kohle sowie zur Entwicklung moderner Stoffkreisläufe einzusetzen. Bei den Fördermaßnahmen aus dem Landeshaushalt streben wir eine deutliche Erhöhung des Anteils von zinsgünstigen Darlehen anstatt verlorener Zuschüsse an. Wir wollen die erweiterte Inanspruchnahme der aus öffentlichen Mitteln gespeisten revolving Fonds über die Investitionsbank befördern, bei denen die Tilgungseinnahmen in den Fonds zurückfließen und sofort für die Vergabe weiterer Kredite zu Verfügung stehen.

Wir wollen eine Änderung der Kriterien für die Fördermittelvergabe hinsichtlich des Zuwachses an Arbeitsplätzen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, familien-freundlicher Arbeitsbedingungen und Einkommen sowie des verminderten und nachhaltigen Verbrauchs an Energie und Rohstoffen. Öffentliche Förderung von Unternehmen muss auch an die

Qualität von Arbeit, an faire Bezahlung, die Schaffung von unbefristeten Vollzeitarbeitsplätzen und die Gewährung vom Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sich einen Betriebsrat zu wählen, gebunden werden.

Die Einrichtung eines Nachhaltigkeitsbeirates als ständiges Beratungsorgan für Parlament und Regierung halten wir für eine unabdingbare Voraussetzung zur Prüfung politischer Entscheidungen auf ihre Nachhaltigkeit. Dazu streben wir einen industrie- und strukturpolitischen Dialog mit Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Arbeitgeberverbänden, Kammern, Kommunen und regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften sowie Technologie- und Gründerzentren an.

2. Wie setzt sich ihre Partei für die Erhaltung einer in Deutschland einzigartigen Landschaft ein (Ausbau A 14, Neubau Saale-Kanal)?

Um die einzigartige Landschaft Sachsen-Anhalts zu erhalten und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen, will DIE LINKE den Flächenneuverbrauch eindämmen und die Mittel auf die Unterhaltung und Sanierung bestehender Straßen und Brücken konzentrieren, um vorhandene Infrastruktur zu sichern und die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Die Vorbereitungen und Finanzierungsvereinbarungen zum Weiterbau der A14 in Sachsen-Anhalt sind abgeschlossen.

DIE LINKE hat seit Beginn der Diskussion darauf hingewiesen, dass dieser Ausbau nicht die Entwicklung der Altmark zum Ziel hat, sondern nur der Durchfahrt zu den Nord- und Ostseehäfen dient.

Sie hat rechtzeitig genug, im Jahr 2001, alternative Konzepte vorgelegt. An Stelle der Verlängerung der BAB A14 sahen sie einen Ausbau auf 2+1 Fahrspuren nach dem Vorbild der Ortsumfahrung Gardelegen für jede der die Altmark durchquerenden Bundesstraßen sowie Ortsumfahrungen bei allen Orten vor. Der Ausbau hätte abschnittsweise sukzessive bedarfsbezogen erfolgen können. Durch die kleineren Bauweise hätten auch in der Altmark ansässige kleinere Tiefbauunternehmen die Chance zur Angebotsabgabe gehabt. Zur Erschließung der Altmark hätte ein Ausbau der Bundesstraßen in 2+1-Spur-Variante beitragen können. Darüber hinaus haben wir den Ausbau der Schienenstrecke in Richtung Rostock und Lübeck gefordert.

Eine Alternative zwischen Nordverlängerung der A14 und dem Ausbau der B 189 besteht aufgrund der inzwischen eingetretenen Sach- und Rechtslage heute leider nicht mehr.

Die Fraktion DIE LINKE hat im Februar d.J. im Landtag darauf gedrungen, in dieser Situation die Bemühungen, der Verantwortungsträger der Altmark zu unterstützen, sich auf die künftige Verkehrsinfrastruktur auszurichten. Der Änderungsantrag wurde abgewiesen.

DIE LINKE ist gegen einen Elbe- und Saaleausbau. Staustufen verbieten sich sowohl aus ökologischen als auch ökonomischen Gründen. Die Schiffe sind den Flüssen und nicht die Flüsse den Schiffen anzupassen.

Beim Saalekanal sind noch keine endgültigen Entscheidungen gefallen. Unsere Alternative ist der Aufbau von Shuttle-Verkehren mit Schubleichtern zwischen den Saaleanliegern und dem Mittelkanalhafen Magdeburg. Dort sollten 2.000 t-Koppelverbände gebildet werden.

3. Gibt es in Ihrer Partei Vorstellungen oder Pläne für ein einheitliches Verkehrswegekonzept für unser Bundesland?

Aus Sicht der LINKEN wäre ein integriertes Verkehrskonzept anzustreben, dass die Vielzahl der Einzelkonzepte auf den Prüfstand stellt und zusammenführt, um zur besseren Vernetzung der Transportketten zu kommen. Dabei haben die Kriterien der Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung eine zentrale Bedeutung.

Im Prozess der Überarbeitung des Landesentwicklungsplanes konkretisierte DIE LINKE am 22.09.2008 ihre verkehrspolitischen Konzepte im Beschluss des Leitbildes zur Gliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt (http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/fileadmin/PDF/wirtschaft_und_landesentwicklung/broschuere_PERSPEKTIVEN_FUE_R_SACHSEN-ANHALT.pdf). Schwerpunkt für DIE LINKE ist ein ausgewogenes, bezahlbares und flächendeckendes Angebot des ÖPNV. Unter Beachtung der Regelungen zu den Regionalisierungsmitteln können wir uns eine Verschiebung der Finanzmittel weg vom Straßenneubau hin zum ÖPNV vorstellen.

4. Welche Schwerpunkte setzt Ihre Partei in der Umweltpolitik für Sachsen-Anhalt?

Ein zentraler Ansatzpunkt der LINKEN in der Umweltpolitik ist, Energie- und Klimaschutzpolitik als Einheit zu behandeln. Erneuerbare Energien haben dabei Vorrang. DIE LINKE setzt sich für regionale Energiekreisläufe und dezentrale Lösungen ein. Sie steht darüber hinaus für umweltbewusstes Wirtschaften, umweltverträgliche Verkehrslösungen, gegen Flächenversiegelung und Zerstörung von Flusslandschaften. Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, sollen stärker als bisher Kriterien für die Förderpolitik sein. Im Vergaberecht für öffentliche Aufträge sollen Kriterien zur umweltgerechte Beschaffung aufgenommen werden. DIE LINKE strebt ein Vergabegesetz für Sachsen-Anhalt an, das u.a. diesen Zielen gerecht wird.

DIE LINKE tritt für die Einrichtung eines Nachhaltigkeitsbeirates als ständiges Beratungsorgan für Parlament und Regierung zur Prüfung politischer Entscheidungen auf ihre Nachhaltigkeit ein. Dazu streben wir einen industrie- und strukturpolitischen Dialog mit Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Arbeitgeberverbänden, Kammern, Kommunen und regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften sowie Technologie- und Gründerzentren an.

Umweltbildung und ökologische Aufklärung für ein umweltverträgliches Verhalten in allen Bereichen des gesellschaftlichen und individuellen Lebens sollen verstärkt werden.

Themenbereich „Migration und Integration“

Eine gelingende Integrationspolitik kann nur stattfinden, wenn es eine konstruktive Zusammenarbeit von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren gibt.

1. Wo sieht ihre Partei Arbeitsschwerpunkte in der aktuellen Integrationspolitik Sachsen-Anhalts?

DIE LINKE geht davon aus, dass die Gleichstellung aller hier lebenden Menschen Voraussetzung für eine erfolgreiche Integrationspolitik ist. Ohne ein Zuwanderungs- und Asylrecht, welches, statt auf Abwehr und Ausgrenzung, auf gleichberechtigte politische, soziale und gesellschaftliche Teilhabe setzt, kann Integration kaum gelingen. Deshalb bleibt für DIE LINKE eine grundsätzliche Änderung der Migrationspolitik auf Bundesebene unabdingbar, um Integration als Querschnittsaufgabe zu ermöglichen.

Sprachkenntnisse sind für eine gelungene Integration unverzichtbar. DIE LINKE begrenzt ihre Integrationspolitik jedoch nicht auf Sprache und Kultur, sondern wir verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz, der die gleichberechtigte politische, soziale und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zum Ziel hat. Deshalb tritt Die LINKE im Bund und im Land für eine kostenlose Bildung für alle, für eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage, die Neuregelung der Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen und einen gesetzlichen Mindestlohn ein.

DIE LINKE fordert in ihrem Landeswahlprogramm, dass Menschen ohne Staatsbürgerschaft und Nicht-EU-BürgerInnen, die dauerhaft in Sachsen-Anhalt leben, wie EU-BürgerInnen auch an kommunalen Wahlen teilnehmen können. Denn es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, Menschen, die dauerhafter Teil des örtlichen Gemeinwesens sind, von politischen Entscheidungen fernzuhalten.

Auf Landes- oder Bundesebene setzen wir uns außerdem ein für:

- die Erleichterung der Einbürgerung und die grundsätzliche Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft;
- familienpolitische Leistungen für alle in Deutschland lebenden Kinder unabhängig von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus;
- gleiche Ansprüche auf Unterstützung für alle in der Bundesrepublik lebenden Menschen;
- die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes;
- Chancengleichheit und Nachteilsausgleich für MigrantInnen in der Bildung;
- gleichen Zugang zu Bildungseinrichtungen unabhängig vom Aufenthaltsstatus;
- eine qualitative Verbesserung der Integrationskurse und eine Ausweitung des Zugangs auch für Menschen mit noch ungesichertem Aufenthaltsstatus;
- einen wirksamen Diskriminierungsschutz in der Arbeitswelt, wie auch in den Bereichen Schule, Ausbildung, Wohnen sowie im Privatleben;
- ein Verbandsklagerecht und eine „Beweislastumkehr“ bei Diskriminierungen,
- die Erweiterung der gesetzlichen Diskriminierungsmerkmale im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) um die soziale Herkunft, Hautfarbe, Sprache und Nationalität;
- einen Ehegattennachzug ohne Sprachhürden;
- eine Öffnung des Öffentlichen Dienstes für MigrantInnen;
- eine umfangreiche Einbeziehung von MigrantInnen in alle sie betreffenden Entscheidungsprozesse;
- die Entwicklung der interkulturellen Kompetenz der MitarbeiterInnen staatlicher Behörden.

2. Was halten Sie von einer konstanten Förderung der Beratungsstrukturen im Bereich Migration und Integration?

Die kontinuierliche ideelle und materielle Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und entsprechender Beratungsstrukturen im Bereich Migration und Integration ist für DIE LINKE

eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe. Der Beratungsbedarf kommunaler Akteure bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, von Rassismus sowie Fremdenfeindlichkeit und in ihrem Wirken für Demokratie durch Fachträger, Expertinnen und Experten ist hoch. Gerade die Vernetzung und Selbstorganisation von MigrantInnen brauchen Unterstützung und kontinuierliche Förderung.

Das bedeutet letztendlich für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt, den Strukturen, Vereinen und Organisationen, die sich dieser Aufgabe stellen, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Finanzierung von gewachsenen Strukturen und bewährten zivilgesellschaftlichen Modellen wie auch von neuen Vorhaben im Rahmen der Möglichkeiten des Landeshaushalts ist für uns eine wichtige Aufgabenstellung von prioritären Charakter.

3. Welchen Stellenwert messen Sie den landesweit agierenden Netzwerkstrukturen (wie zum Beispiel Bündnis für Zuwanderung und Integration, den Runden Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit und das Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen) bei?

Aus Sicht der LINKEN ist es unabdingbar, Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken und demokratische Werte und Normen zu verteidigen. Die genannten Strukturen und viele andere lokale Bündnisse sind aus Sicht der LINKEN unverzichtbar, denn sie bündeln und organisieren gesellschaftlichen Widerstand gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und bringen kommunale Akteure für Demokratie und Toleranz zusammen.

Die Gründung des Netzwerks der Migrantenselbstorganisationen, um nur eine agierende Netzwerkstruktur herauszugreifen, war ein wichtiger Schritt für die Vertretung und Artikulation der Interessen von Migrantinnen und Migranten in Sachsen-Anhalt und sie stellt damit eine Bereicherung der Zivilgesellschaft sowie eine Stärkung der Demokratie dar. Für uns als Partei DIE LINKE sind außerparlamentarische Initiativen und Bündnisse wichtige Partner. Noch stärker als bisher wollen wir in der kommenden Legislaturperiode unsere parlamentarische Arbeit mit dem Agieren außerparlamentarischer Akteure vernetzen und verbinden. Gerade in Fragen der Bekämpfung des Rechtsextremismus, der Stärkung der Demokratie und der Migrationspolitik ist diese Zusammenarbeit wesentlich, um tragfähige gesellschaftliche Konzepte zu entwickeln und mehr Menschen für diese Themenbereiche zu sensibilisieren.

4. Wie steht Ihre Partei zur Rückführung von Roma in den Kosovo?

Seit April 2009 existiert ein Rückführungsübereinkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kosovo, so dass Angehörige der Roma und andere Minderheiten von der deutschen Regierung in den Kosovo abgeschoben werden können. In der jetzigen Situation stellt die Abschiebung von Roma und anderen Minderheitenangehörigen in den Kosovo nicht nur ein Ende aller Zukunftschancen, sondern auch eine Bedrohung für ihr Leib und Leben dar. Aus diesen Gründen sind ein Abschiebungsstopp und eine umfassende Bleiberechtsregelung für diese Personengruppen dringend erforderlich.

DIE LINKE hat sich bereits 2009 für diese Forderung mittels parlamentarischen Antrags eingesetzt. Sie hatte die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich die sofortige Aussetzung der Abschiebung von Roma und anderen Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo gemäß §

60 a Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes anzuordnen und sich für eine humanitäre Umsetzung des Bleiberechts einzusetzen.

Themenbereich „ Demographie“

Der demographische Wandel hinterlässt auch in Sachsen-Anhalt seine Spuren. Der Anteil älterer Menschen zur Gesamtbevölkerung nimmt kontinuierliche zu. Der Wunsch älterer Menschen nach selbst bestimmter und gesellschaftlicher Teilhabe spiegelt sich auch darin wieder, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben zu wohnen, ohne den Anschluss an „das Leben draußen“ zu verlieren. Gerade im ländlichen Raum Sachsens-Anhalts treffen wir mitunter auf prekäre Einwohnerstrukturen.

Fragen

1. Wie wollen Sie einen qualitativ hochwertigen Nahverkehr auch in Zukunft gewährleisten, der die Wünsche ältere Menschen nach einer angepassten Mobilität einschließt?

Die demographische Entwicklung hat bereits dazu geführt, dass neue Formen des ÖPNV erprobt werden, gleich ob Bürger- oder Rufbus. Die in den letzten Jahren entwickelten und etablierten alternativen Formen der Mobilitätssicherung sind adäquat an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen, um flächendeckend jedem an jedem Ort die notwendige Mobilität und die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Für DIE LINKE sind die Gewährleistung seniorenrechter Angebote und die Beachtung der Wünsche älterer Menschen stets ein Maßstab, wenn es darum geht, qualitativ hochwertigen Nahverkehr zu realisieren.

Eine zentrale Aufgabe in diesem Zusammenhang sehen wir in einer allseitig barrierefreien Gestaltung der Verkehrsangebote, auf Frage 2 wird verwiesen.

2. Welche Überlegungen haben Sie, um die Mobilität von älteren Menschen gerade auch im ländlichen Bereich zu verbessern?

Wir sehen in der Gewährleistung der Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger eine wesentliche Voraussetzung für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ihre selbstbestimmte individuelle Lebensgestaltung.

DIE LINKE wird deshalb alles tun, um den ÖPNV zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen. Gerade für ältere Menschen spielt dabei die Barrierefreiheit der Verkehrsangebote eine wesentliche Rolle. Zu einer umfassenden Barrierefreiheit im Verkehrsbereich, insbesondere im öffentlichen Personennahverkehr, gehört, die Belange blinder oder gehörloser sowie mental beeinträchtigter Personen zu berücksichtigen. Klare Ansagen, eindeutige Symbole und kontrastreiche Informationssysteme sowie leicht zugängliche IT-Systeme sind eine wesentliche Voraussetzung für uneingeschränkte Nutzbarkeit der Verkehrsangebote. Wir wissen, dass dies alles nur schrittweise zu verwirklichen ist. Allerdings geht es auch nicht ohne einen gewissen Druck. Öffentliche Fördermittel sind immer mit dem Kriterium zu verbinden, dass sie zur Herstellung von Barrierefreiheit beitragen müssen. Unsere Forderung

lautet, dass jede Neuanschaffung von Verkehrsmitteln diesen Belangen entsprechen soll. Alle Baumaßnahmen müssen im Ergebnis eine barrierefreie Nutzung ermöglichen.

Gerade im ländlichen Raum sind neben der Barrierefreiheit auch Lösungen erforderlich, die für eine geringe Kundenzahl flexibel und wirtschaftlich genutzt werden können. In diesem Sinne wollen wir Rufbusse, Gemeindebusse und Bürgerbusse weiter unterstützen.

Neben der Sicherung der Mobilität halten wir es aber auch für notwendig, ein Mindestangebot von Daseinsvorsorge in den ländlichen Regionen zu sichern. Dazu haben wir aus landesentwicklungspolitischer Sicht ein System von grundzentralen Versorgungsräumen und einem angemessenen Netz von Mittelzentren vorgeschlagen (siehe http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/fileadmin/PDF/wirtschaft_und_landesentwicklung/broschuere_PERSPEKTIVEN_FUE_R_SACHSEN-ANHALT.pdf). Darüber hinaus wollen wir mobile Angebote entwickeln und die „Reichweite“ von Versorgungseinrichtungen erhöhen. Siehe auch Frage 3.

3. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um durch wortortnahe Angebote auch älteren Menschen eine funktionierende soziale und versorgerische Infrastruktur zu ermöglichen?

Bundesweit wurden zahlreiche interessante Lösungsansätze entwickelt. Sie erfordern alle, ein großes Engagement Einzelner und intakte soziale Strukturen. Diese Rahmenbedingungen will DIE LINKE weiter fördern.

Das Spektrum reicht vom genossenschaftlich geführten Landkaufhaus bis zum Bürgerbus. Der Handel auf Rädern kommt mittlerweile bereits bis mitten in die Großstadt. So fahren Bäcker, Fleischer, Hühnerhof und Lebensmittelhändler aus eigenem Interesse in Halle-Neustadt Wohnblocks mit betreutem oder altengerechtem Wohnen zu festen Zeiten an. Es geht um Hol- und Bringe-Dienste, um Mobilitätsangebote schlechthin. Diese lassen sich kaum in feste Strukturen pressen. Sofern sie sich betriebswirtschaftlich nicht selbst tragen und an einen Verlustausgleich oder dauerhafte Förderung gebunden sind, stehen sie unter permanentem Haushaltsvorbehalt. Eine institutionelle Förderung ist i.d.R. nicht möglich. Wir werden die Möglichkeiten prüfen, im Rahmen von Förderprogrammen für den Ländlichen Raum zumindest Anschubförderung zu gewährleisten und Ersatzinvestitionen zu erleichtern. Die Wahrnehmung einer koordinierenden Funktion sehen wir bei den Kommunen.

Themenbereich „Demokratie“

Die Diskussionen in Deutschland um Großprojekte wie Stuttgart 21 oder Atomausstieg zeigen, dass die bestehende repräsentative Demokratie für viele Bürgerinnen und Bürger an Akzeptanz verliert. Fragen nach deren intensiveren Beteiligung bekommen in politischen Debatten einen höheren Stellenwert.

Fragen

1. Wie stehen Sie zu möglichen Absenkungen für Quoren bei Volksbegehren und Volksentscheiden?

Formen der direkten Demokratie, Bürgerbeteiligung - wie Volksbegehren und Volksentscheide - dürfen nicht nur auf dem „Papier“ verankert, sie müssen auch durch die Bürgerinnen und Bürger praktikabel durchsetzbar sein.

Die direkte Demokratie befördert das Engagement der Menschen und erweitert ihren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse – und das ist dringend notwendig.

DIE LINKE hat sich seit jeher - und wird es auch künftig tun - für die Stärkung der direkten Bürgerbeteiligung im Land und in den Kommunen eingesetzt. Hürden müssen folglich abgebaut und auf ein notwendiges Mindestmaß beschränkt werden. Und dazu gehört maßgeblich die Forderung nach einer Absenkung der bestehenden Quoren für Volksbegehren und Volksentscheide.

2. Wäre aus Ihrer Sicht die Absenkung der Fünfprozenthürde ein Weg, um Minderheitenmeinungen mehr Gehör zu verschaffen?

In Sachsen-Anhalt wird die Fünfprozenthürde im Landeswahlgesetz für die Wahl zum Landtag von Sachsen-Anhalt gesetzlich geregelt. Auf kommunaler Ebene existiert eine solche Sperrklausel in Sachsen-Anhalt nicht.

Die Fünfprozenthürde ist äußerst umstritten. Sie kollidiert grundsätzlich mit dem aus dem Grundgesetz hervorgehenden Demokratieprinzip, wo jede Stimme den gleichen Zählwert sowie die gleichen rechtlichen Erfolgchancen haben muss. Das Bundesverfassungsgericht hat die Sperrklausel (auf Bundesebene) in seiner bisherigen Rechtsprechung jedoch für grundgesetzkonform erklärt.

Insofern sehen wir für Sachsen-Anhalt derzeit keinen Handlungsbedarf in diesen Fragen.

3. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Elemente direkter Demokratie in der Landesverfassung verankert werden? Welche Möglichkeiten sehen Sie konkret?

Direktdemokratische Instrumente sollten grundsätzlich in allen gesellschaftlichen Bereichen eingeführt werden. Dazu könnten der Auf- und Ausbau demokratischer Strukturen und Einflussmöglichkeiten in Wirtschaft und Verwaltung, in Bildungs- und Ausbildungsstrukturen sowie eine weitere Erleichterung der Nutzungsmöglichkeiten der Akteneinsichts- und Informationsrechte der Bevölkerung gegenüber Behörden und Einrichtungen gemäß Informationszugangsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt beitragen.

Auch die Anwendung des Instruments des Bürgerhaushalts dient der Stärkung der direkten Bürgerbeteiligung.

Wir setzen uns dafür ein, diese Elemente direkter Demokratie gesetzlich zu regeln.